Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4490**
17. Wahlperiode 20. 01. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3542 –

Erkenntnisse des Weltagrarberichtes zur Grundlage deutscher, europäischer und internationaler Agrar- und Entwicklungspolitik machen

A. Problem

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ist der im Jahr 2008 vorgestellte Weltagrarbericht, der bisher von 58 Ländern unterschrieben wurde, für die nationale und internationale Agrar- und Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Er bietet vielfältige Handlungsmöglichkeiten für zukünftige Entwicklungen und zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in der Welt. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Weltagrarbericht bisher nicht unterschrieben. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3542 der Fraktion DIE LINKE. soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den Weltagrarbericht schnellstmöglich zu unterschreiben und das agrarpolitische Leitbild daran sowohl im Inland als auch in allen entwicklungspolitischen Projekten und Investitionen auszurichten sowie sich an der Fortführung des Weltagrarberichtes und der Finanzierung dieses Prozesses zu beteiligen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3542.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/3542 abzulehnen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/3542** wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2010 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Weltagrarbericht wurde im Jahr 2002 unter anderem von der Weltbank und der FAO initiiert und von mehreren Hundert Expertinnen und Experten in einem weltweiten Prozess in den Jahren 2004 bis 2008 erarbeitet. Er wurde bisher von 58 Ländern unterschrieben. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. ist der Weltagrarbericht für die nationale und internationale Agrar- und Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Er bietet aus Sicht der Antragsteller vielfältige Handlungsmöglichkeiten für zukünftige Entwicklungen und zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in der Welt. Hierbei kommt Frauen in den ländlichen Räumen sowie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zur Sicherung der Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens eine besondere Rolle zu. Der Zugang zu Land, Wasser und Saatgut ist dabei eine entscheidende Voraussetzung. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Weltagrarbericht bisher nicht unterschrieben.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3542 soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden,

- den Weltagrarbericht schnellstmöglich zu unterschreiben und das agrarpolitische Leitbild daran sowohl im Inland als auch in allen entwicklungspolitischen Projekten und Investitionen auszurichten;
- sich an der Fortführung des Weltagrarberichtes und der Finanzierung dieses Prozesses zu beteiligen;
- die Ergebnisse des Weltagrarberichtes in die Debatte um die Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 einzubeziehen und
- die Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf die Ergebnisse des Weltagrarberichtes zu überprüfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3542 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3542 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 21. Sitzung am 1. Dezember 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3542 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3542 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 25. Sitzung am 1. Dezember 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3542 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3542 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

In seiner 26. Sitzung am 1. Dezember 2010 hat der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/3542 abschließend beraten.

Die **Bundesregierung** stellte fest, angesichts einer Milliarde unterernährter oder hungernder Menschen in der Welt sei der Weltagrarbericht ein sehr wichtiges Thema. Sie schätze die Arbeit der an der Erstellung des Berichtes beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Man habe in den vergangenen zwei Jahren mehrfach über den Weltagrarbericht diskutiert. Zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung hätte die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, für die Bundesregierung abgelehnt, den Weltagrarbericht zu unterzeichnen. Die Bundesregierung sehe über die Kenntnisnahme hinaus derzeit keine Notwendigkeit, den Weltagrarbericht jetzt zu unterzeichnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, der Weltagrarbericht, den man in den letzten Wochen, Monaten und sogar Jahren immer wieder auf der politischen Tagesordnung gehabt habe, enthalte Analysen, gerade in der Beschreibung der bäuerlichen Produktion, die hilfreich seien. Er sei eine wichtige zusätzliche Informationsquelle, die auf der Basis eines Netzwerkes internationaler Agrarwissenschaftler entstanden sei. Der Weltagrarbericht sei aber nicht von den Experten erarbeitet worden, die weltweit bekannt seien und die sich mit diesen Themen bereits sehr gut auseinandergesetzt hätten. Er sei auch nicht von den Vereinten Nationen bestellt worden.

Das große Ziel des Weltagrarberichtes „die Verminderung von Hunger, Armut und Mittellosigkeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen samt der Gesundheit“ sei fraglos zu unterstützen. Damit werde die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts beschrieben. Die Fraktion der CDU/CSU teile nicht die Meinung, sich ausschließlich am Ideal eines ökologischen Landbaus zu orientieren und eine moderne, industrialisierte Form der bäuerlichen Landwirtschaft abzulehnen und damit auf eine weniger intensive Landwirtschaft zur Lösung der Welternäh-

rungsprobleme zu setzen. Sie habe die große Sorge, dass man dann diejenigen, um die es eigentlich gehe, den Hungernden in der Welt, nicht ausreichend helfen könne. Sie spreche sich sehr deutlich für eine intensive Landwirtschaft aus, weil insbesondere die Ackerfläche als Basis für die Ernährung der Menschen besorgniserregend schnell schwinde. Nur mit einer Intensivierung der Landwirtschaft, das heißt, mit mehr Ertrag pro Einheit, werde man die Probleme lösen können. Vor diesem Hintergrund lehne sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab. Die vom Weltagrarbericht genannten Fragestellungen bei der Welternährung sollten dagegen weiterhin verfolgt werden. Dabei sollten dessen Erkenntnisse in den Diskussionsprozess mit einfließen.

Die **Fraktion der SPD** betont, der Weltagrarbericht habe wichtige Impulse für die Diskussion über die Armutsbekämpfung gegeben. Die Fraktion der SPD unterstütze die Ergebnisse des Berichtes. Obwohl Deutschland den Bericht nicht unterzeichnet habe, seien viele Erkenntnisse und Anregungen aus dem Bericht in konkrete Anträge der SPD-Fraktion – auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung – eingeflossen. Sie halte es für wichtig, dass diese Arbeit, die dort angefangen worden sei, auch zielgerichtet gefördert und der Weltagrarbericht fortgeschrieben werden könne. Aus diesem Grunde hätte sie bereits in ihrem Entschließungsantrag zum Bundeshaushalt gefordert, dass man diese Arbeit seitens der Bundesregierung mindestens auch finanziell unterstützen solle.

Im Rahmen der Diskussionen, die zur Welternährungsproblematik noch zu führen seien, könnten aus dem Weltagrarbericht wichtige Impulse gezogen werden. Die Produktivität der Landwirtschaft müsse durch strukturelle und verbesserte politische Rahmenbedingungen gestärkt werden. Die ländliche Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern müsse auch dem Ziel dienen, den Zugang zu produktiven Ressourcen und zu den Märkten zu verbessern. Dabei seien die strukturellen Ursachen der unzureichenden Entwicklung in erster Linie durch die jeweiligen Länder, aber auch durch die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, zu bekämpfen. Ziel der ländlichen Entwicklung könne es nicht in erster Linie sein, den Zwei-Hektar-Betrieben nachhaltig ihre Subsistenzwirtschaft zu sichern. Das stehe auch so nicht im Weltagrarbericht. Sie halte den Weltagrarbricht inhaltlich für unterstützenwert, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. in seiner konkreten Ausformulierung aber nicht. Aus diesem Grunde werde sich die Fraktion der SPD bei dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. enthalten.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, man werde sich in der Zukunft noch viel mehr mit dem Thema Welternährung zu beschäftigen haben. Es gebe bestimmte Botschaften des Weltagrarberichtes, die zu berücksichtigen seien. Er versuche, das Potential von althergebrachten, lokalen landwirtschaftlichen Kenntnissen und von technologischem Fortschritt danach zu bewerten, wie weit sie geeignet seien, Teilziele der Millenniumsvereinbarung zu erreichen und nenne hierzu eine Reihe von interessanten Fakten. Insgesamt greife der Bericht mit seinen ideologisch ausgerichteten Folgerungen aber zu kurz. Das werde dem Thema Welternährung und den damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen nicht gerecht. Das Wissen offizieller Organisationen, beispielsweise der FAO, müsse berücksichtigt werden. Diese habe festgestellt, dass die Landwirtschaft Effizienzsteigerungen und verstärkte Investitionen benötige. Auffällig sei, dass 70 Prozent der Menschen, die hungerten, auf dem Lande lebten. Daher müsse auch die Form der Hilfe verändert werden. Es müsse insgesamt sehr viel stärker auf das Thema Bildung gesetzt werden, was nicht im erforderlichen Maße im Bericht angesprochen und substantiell hinterlegt worden sei. Subsistenzlandwirtschaft reiche für Gesellschaften mit Verstädterungstendenzen nicht zur Ernährung aus.

Für die notwendige Effizienzsteigerung seien moderne Agrartechnologien notwendig. Auch den Themen Bodenverteilung und Wasser käme eine wichtige Bedeutung zu. Investitionen in die Landwirtschaft müssten gerade in armen Ländern erhöht werden. Der Weltagrarbericht liefere interessante Anregungen, aber als eine solide Grundlage für Regierungshandeln sei er nicht geeignet. Daher lehne die FDP-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete den Weltagrarbericht als einen sehr fortschrittlichen und sehr konzeptionellen Ansatz, der unbedingt weitergeschrieben werden solle. Sie fordere in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, den Bericht, wie bereits von anderen EU-Staaten geschehen, zu unterschreiben. Der Weltagrarbericht sei ideologisch nicht einseitig ausgerichtet. An seiner Erstellung seien insgesamt über 500 Expertinnen und Experten beteiligt gewesen. Er beziehe sowohl tradiertes als auch modernes Wissen ein. In dem Bericht könne sie kein Ausspielen von Klein- und Großbetrieben erkennen, sondern es würden unterschiedliche Agrarmodelle betrachtet, die alle ihren Teil zu einer gerechten Welt und zur Welternährung beitragen können.

Für die Fraktion DIE LINKE. sei ein einfaches „Weiter so“ angesichts der weltweiten dramatischen agrarwirtschaftlichen Defizite bei der Durchsetzung des Rechts auf Nahrung und der regionalen Nahrungssouveränität, bei der Verteilungsgerechtigkeit an Lebensmitteln, Boden oder Wasser, bei der Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion, dem Kampf gegen den Klimawandel oder gegen den Verlust an biologischer Vielfalt keine Option. Sie sehe die Bedeutung des Weltagrarberichtes ähnlich der des Weltklimaberichtes. Letzterer genieße heute allseits hohe Anerkennung, obwohl auch er anfangs nicht viel Unterstützung erhalten hätte. Zunehmend würden politische Entscheidungen an seinen Erkenntnissen ausgerichtet. Der Weltagrarbericht solle zu politischen Änderungen führen. Deswegen bitte sie alle Fraktionen, diesen ersten Weltagrarbericht in seiner Bedeutung hoch zu gewichten und ihn zum Ziel deutscher Agrar- und Entwicklungspolitik zu machen. Die Erkenntnisse des Weltagrarberichtes müssten auch in die Debatte um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 mit einbezogen werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, der Weltagrarbericht sei eine beispiellose Ausarbeitung von 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die zu sehr detaillierten Bewertungen und Ergebnissen gekommen seien. Die Botschaft des Weltagrarberichtes sei deutlich. Sowohl absolut als auch prozentual seien ein Ansteigen der Hungerproblematik sowie enorme ökologische Schäden zu verzeichnen. Alarmierende Zahlen existierten auch beim Zugang der Menschen zu sauberem Trinkwasser.

Das Resultat des Welteragrarberichtes sei, dass viel mehr Wert darauf gelegt werden müsse, die Politik und die Programme zu unterstützen, die eine Armutsbekämpfung im

Ergebnis tatsächlich auch vorweisen könnten. Darum sei verstärkt die weltweite Unterstützung der bäuerlichen Produktion notwendig. Nur eine umweltgerechte, dezentrale, moderne bäuerliche Landwirtschaft löse die eklatanten Verteilungs- und Gerechtigkeitsprobleme bei den Ressourcen wie Böden, Wasser und Lebensmitteln. Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen gefährde langfristig den Erfolg der Produktion. Auch der Weltagrarbericht sage nicht, dass in der landwirtschaftlichen Erzeugung alles so bleiben könne wie bisher. Sie spreche sich dafür aus, dass es zu einem konstruktiven Dialog zwischen allen Fraktionen darüber komme, wie man bei der Umsetzung der Erkenntnisse in der deutschen, europäischen und internationalen Politik Fortschritte erzielen könne und so der Realisierung des Rechts auf Nahrung ein Stück näher käme. Dabei sollten auch Anhörungen und Expertenrunden verstärkt Anwendung finden. Bisher seien die Details des Weltagrarberichtes im Deutschen Bundestag noch nicht behandelt worden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Als Ergebnis der Beratungen empfiehlt der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3542 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333